

U.S.A. ziehen Schlinge um BP fester

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung
für die Woche vom 14. Juni bis 20. Juni 2010*

(csh) Die Aufmerksamkeit der Medien war vergangene Woche wieder einmal auf BP und das Bohrinselunglück im Golf von Mexiko gerichtet. Der Druck auf den Präsidenten steigt vor dem Hintergrund der Katastrophe. Auch stand Präsident Obamas Bitte an den Senat um eine Soforthilfe für die Regierungen der Bundesstaaten in den Schlagzeilen der Zeitungen.

Vor dem Hintergrund der Ölkrise im Golf von Mexiko wächst die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und Präsident Obama steht immer häufiger in der öffentlichen Kritik. Bei seinem vierten Besuch im Krisengebiet traf sich der Präsident auch mit Vertretern Des Energiekonzerns BP. Der *New York Times* nach übte Obama stärkeren Druck auf den Konzern aus, die Situation schneller in den Griff zu bekommen. Auch diskutierte man über einen Hilfsfond in Höhe von 20 Milliarden Dollar. Wie das *Wall Street Journal* bekannt gab, soll das Geld von BP zur Verfügung gestellt werden um die Schäden und Verluste der Ölpestopfer zu mildern. Die US- Regierung möchte sich damit gegenüber BP absichern, falls der Konzern in Folge der Katastrophe Insolvenz anmeldet oder versuchen sollte, sich auf andere Weise aus der Verantwortung zu ziehen. Weiterhin forderte die Regierung eine Verstärkung der Einsatzkräfte am Golf um schneller und erfolgreicher agieren zu können. Dem *Wall Street Journal* nach gab BP bekannt den Forderungen der US Regierung soweit möglich entgegenzukommen.

Wie die *Washington Post* vergangene Woche berichtete, bat Präsident Obama den Senat, den Regierungen der von der Ölpest betroffenen Einzelstaaten eine Soforthilfe in Höhe von 50 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll die immer noch instabile Wirtschaftslage und den öffentlichen Dienst stützen. Die Meinungen im Senat sind geteilt. Sowohl Republikaner wie auch Demokraten stimmen nicht ausschließlich mit den erwünschten Maßnahmen des Präsidenten in dieser Angelegenheit überein. Dieser drängte den Senat um eine schnelle Entscheidung, es wird jedoch noch eine Weile dauern bis es zu einer Abstimmung kommt.

Quellen:

www.nyt.com

www.slate.com

www.wallstreetjournal.com

www.washingtonpost.com